

VON SILVIA LIEBRICH

Hamburg/Barnstorf – Carsten Gladiator ist nicht richtig bei der Sache, diesmal nicht. Trotzdem muss die Arbeit in der Gärtnerei erledigt werden. Draußen vor dem Gewächshaus liegt Ende März noch Schnee, ungewöhnlich um diese Jahreszeit. Die Wolken hängen tief über dem Marschland im Südosten von Hamburg. Es ist kalt und ungemütlich. Hinter den Glasscheiben scheint der Frühling bereits zum Greifen nah. Der Duft von Stiefmütterchen und frischer Erde hängt in der Luft. Der Betrieb läuft auf Hochtouren. Tausende Setzlinge müssen umgetopft werden. „Wenn die Saison losgeht, ist der Andrang groß, dann kommen sie alle auf einmal“, sagt Gladiator und streift seine erdigen Finger an der grünen Arbeitshose ab. Er freut sich auf diese Zeit, normalerweise.

In diesem Jahr ist alles anders. Seit einigen Wochen weiß der Mann mit dem kämpferischen Namen, dass der amerikanische Großkonzern ExxonMobil in Vierlanden nach Gas suchen will, ausgerechnet vermutlich mit Hilfe der umstrittenen Fracking-Methode. Seitdem steht die Welt des Gärtners Kopf. „Was wird mit uns, wenn sie wie in Amerika unsere Böden und unser Wasser vergiften? Die Gärtnerei ist unsere Lebensgrundlage.“ Gladiator ist ein junger Mann, gerade mal 25 Jahre alt, besonnen und ruhig. Aber er will nicht tatenlos zusehen, wie die Gasindustrie das Land in Beschlag nimmt: „Wir werden uns wehren!“ Es klingt entschlossen, fast trotzig.

Für die Familie steht viel auf dem Spiel. Das Land, auf dem die zwei Hektar große Gärtnerei steht, ist seit fast 400 Jahren in Familienbesitz. Bis zum Kirchwerder Elbdeich sind es nur ein paar hundert Meter. Das fruchtbare Marschland gehört zum Stadtgebiet von Hamburg und versorgt die Hansestadt mit frischem Trinkwasser. Pflanzenzucht, Getreide- und Gemüseanbau haben hier eine lange Tradition. Idyllische reetgedeckte Bauernhäuser säumen

Knapp 40 Bürgerinitiativen gibt es inzwischen. Und es werden immer mehr

die alten Deiche. Für Gladiator ist sein Erbe auch Verpflichtung: „Dieser Boden soll künftige Generationen noch ernähren.“ So sehen das auch andere in der Region.

Seit einigen Wochen formiert sich der Widerstand in der Bürgerinitiative Frackingfreies Hamburg. Man ist nicht allein. Nach Angaben des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gibt es bereits knapp 40 Anti-Fracking-Bewegungen, vom Bodensee bis Schleswig-Holstein. Es werden immer mehr.

Am Anfang der Entwicklung standen der Schiefergasboom und fallende Energiepreise in Nordamerika. Sie wecken auch hierzulande Begehlichkeiten, vor allem bei der Energiewirtschaft. 1,3 Billionen Kubikmeter Schiefergas vermuten Wissenschaftler der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Deutschland. Eine Menge, die ausreicht, um den inländischen Verbrauch etwa elf Jahre lang zu decken – und nur dann, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Doch viele der Vorkommen liegen in dicht besiedeltem Raum. Konflikte mit der Bevölkerung sind programmiert. Dem kurzen Gasrausch könnte ein schlimmer Kater folgen. Denn über die Langzeitrisiken der umstrittenen Technologie ist wenig bekannt.

Dass Deutschland auf diesem Weg billige Energiereserven erschließen kann, glaubt in Fachkreisen kaum noch jemand. Das nährt den Verdacht, dass die Energiekonzerne Deutschland vor allem als Testfeld sehen. Gelingt es, in einem Land mit so strengen Umwelt- und Sicherheitsauflagen Lizenzen zu bekommen, käme das einer Empfehlung gleich. „Damit hätte die Industrie überall auf der Welt leichteres Spiel bei Politikern, um die letzten fossilen Energiereserven aus der Erde zu saugen“, sagt Werner Zittel, Vorsitzender der angesehenen Ludwig Böllkow Stiftung und Mitglied der industriekritischen Energy Watch Group. Diese hat soeben eine brisante Studie vorgelegt. Kernaussage: Der Schiefergasboom in den USA wird ein rasches Ende finden, deutsche Vorkommen werden überschätzt. Das hat gesessen.

Weil diese Zweifel aber in der Industrie nicht geteilt werden, bleibt das Thema auf der Tagesordnung und stiftet Unfrieden. Schiefergas und Fracking sind Begriffe, die inzwischen in ganz Deutschland Angst und Schrecken verbreiten. Bilder zerstörter Landschaften in den USA, Berichte über verseuchte Böden, vergiftetes Wasser und Unfälle polarisieren, sie schüren Emotionen. Bohrtürme, Aufbereitungsanlagen und Sammelbecken für giftige Abwässer, das will niemand vor seiner Haustür haben. Zwischenfälle wie vor kurzem an einer Bohrstelle des Energiekonzerns RWE DEA im niedersächsischen Völkern schrecken die Menschen auf. Aus undichten Plastikrohren sickerten dort krebsserregendes Benzol und andere giftige Stoffe ins Grundwasser, die Anwohner erfuhren davon erst nach und nach. Das Unternehmen beutet bei Völkern ein konventionelles Gasvorkommen aus, hat dabei aber auch die umstrittene Fracking-Methode eingesetzt. Untersucht wird nun, ob die Produktion dort für Erdbeben in der Region verantwortlich ist. Ähnliche Vorfälle gab es auch an anderen Förderstellen.

Mit jedem neuen Antrag auf eine Fracking-Bohrung wächst der Widerstand in der Bevölkerung. Selbst in der Politik herrscht Konsens, zumindest auf lokaler Ebene. Fracking und Schiefergas? Nein danke! In dieser Frage sind sich die meisten Kommunalpolitiker einig, egal ob sie nun der FDP, CDU, SPD oder den Grünen angehören. Anders auf Bundesebene. Hier will die FDP gemeinsam mit der CDU vor den Bundestagswahlen Fakten schaffen



Schiefergas und Fracking sind Begriffe, die bei der Bevölkerung Angst und Schrecken verbreiten. Bilder zerstörter Landschaften in den USA, Berichte über verseuchte Böden, vergiftetes Wasser und Unfälle polarisieren. In Deutschland wächst der Widerstand gegen die Erdgasindustrie. Gegner formieren sich. FOTO: INGO WAGNER/DPA

Schweres Beben

Nach dem Boom in den USA will die Industrie auch deutsche Schiefergasvorkommen anzapfen. Doch die umstrittene Fracking-Methode weckt große Ängste. Der Widerstand in der Bevölkerung wächst

und der Industrie den Weg für die riskante Schiefergasproduktion ebnen. In Deutschland gibt es dafür bisher keine Genehmigungen, deshalb soll das Bundesberggesetz geändert werden. Für die Länder wäre es dann schwieriger, eine Erlaubnis zu verweigern. Dabei lehnen gerade rot-grün-regierte Länder Fracking und Schiefergasproduktion aus Umweltschutzgründen ab.

Der grüne Umweltminister in Niedersachsen muss wohl sein Wahlversprechen brechen

In Niedersachsen sind die Grünen mit der Forderung nach einem Fracking-Verbot in den Wahlkampf gezogen – und haben gewonnen. Nun steht der neue grüne Umweltminister Stefan Wenzel im Wort. Ob er sein Versprechen halten kann, ist allerdings fraglich. Heute ist Wintershall eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des deutschen Weltkonzerns BASF.

Auf dem Platz in Barnstorf stand bis vergangenen Sommer noch ein Bohrturm. Der ist inzwischen abgebaut. Wintershall wartet auf die Genehmigung, um mit der Förderung zu beginnen. Die Zustimmung der Gemeinde ist dem Konzern zwar sicher. Aber die übergeordnete Kreisverwaltung hat ein Fracking-Moratorium be-

schlossen. Jetzt hat der grüne Umweltminister in Hannover als oberster Dienstherr das letzte Wort. Wenzel wird seine Zustimmung wohl kaum verweigern können, weil ihm dafür der gesetzliche Spielraum fehlt – eine Altlast der früheren schwarz-gelben Regierung.

Jürgen Lübberts, Bürgermeister von Barnstorf, rechnet fest damit, dass es an der Bohrstelle Düste Z10 bald weiter geht. Der Ort mit 6000 Einwohnern zählt zu den ganz wenigen in Deutschland, in denen sich kaum Widerstand gegen die Gasindustrie regt. Der Grund liegt auf der Hand. Wintershall hat hier seine Zentrale und ist mit 300 Mitarbeitern einer der wichtigsten Arbeitgeber und Steuerzahler in der Gegend. Man kennt sich. „Wintershall ist hier kein anonymer Konzern. Es gibt ein Vertrauensverhältnis, das über Jahrzehnte gewachsen ist“, sagt der Bürgermeister.

Lübberts ist ein Mann mit grauem Bart, der freundliche Gelassenheit ausstrahlt. Nach der Wende hat er sieben Jahre in der Nähe des berüchtigten ehemaligen DDR-Chemiestandorts Bitterfeld Verwaltungshilfe geleistet. „Ich habe dort schockierende Umweltschäden gesehen, für die am Ende die Allgemeinheit aufkommen musste.“ Der Bürgermeister ist sich sicher, dass ihm das mit Wintershall nicht passieren kann. Der Konzern fördert in der Gegend

seit Jahrzehnten Öl und Gas, ohne nennenswerte Zwischenfälle, wie es heißt. Auf fast jedem Acker in der Umgebung steht eine Öl- oder Gaspumpe. Der Untergrund in Niedersachsen ist durchlöchert wie ein Schweizer Käse. Das Land verfügt über 95 Prozent der deutschen Erdgasvorräte.

Wintershall habe viel Aufklärungsarbeit geleistet, bei der Gemeinde und auch bei der Bevölkerung, sagt Lübberts. Er weiß aber auch, dass das woanders nicht unbedingt die Regel ist. Sicher, auch hier habe es Protestveranstaltungen gegeben, räumt er ein. Doch Barnstorf ist schwieriges Terrain für Fracking-Gegner. Wo sie auftauchen, sind Wintershall-Mitarbeiter nicht weit. Sie nehmen Kritikern mit ihrer Expertise schnell den Wind aus den Segeln. Lübberts hat dafür Verständnis. „Wenn mit den

Der Wintershall-Konzern distanziert sich von der Schiefergas-Förderung. Vorerst

Verhältnissen in den USA bei uns Ängste geschürt werden, halte ich das für falsch. Solche Zustände wären hier nie möglich. Deutsche Umwelt- und Sicherheitsstandards, insbesondere die der Wintershall, sind wesentlich höher.“

20 bis 40 Milliarden Kubikmeter Erdgas vermutet Wintershall im Untergrund von Barnstorf. Fest steht auch, dass sich davon bestenfalls ein Viertel fördern lässt. Dass es sich bei dem Vorkommen nicht um Schiefergas, sondern um sogenanntes Tightgas in tiefen Sandsteinschichten handelt, auf diesen feinen Unterschied legt man bei Wintershall großen Wert. Ein Firmensprecher betont, dass man seit mehr als 30 Jahren mit dem Fracking-Verfahren arbeite. Etwa dann, wenn es darum gehe, aus konventionellen Gasfeldern die letzten Reste herauszuholen. Von der riskanteren Förderung im Schiefergas, das weniger tief und damit näher am Grundwasserspiegel liegt, distanziert sich der Konzern. Vorerst.

„Wir beteiligen uns derzeit nur an wissenschaftlichen Untersuchungen von Schiefergasbohrungen. Das ist für uns etwas Neues, das müssen wir genau anschauen“, sagt der Firmensprecher. Auch finanziell. „Ob sich eine solche Förderung in Deutschland überhaupt lohnt, und ob sie ökologisch vertretbar ist, steht noch nicht fest.“

Ortswechsel nach Wagenfeld, 25 Kilometer südlich von Barnstorf. Mineralbrunnenbetreiber Dirk Lütvoigt beeindruckt die diffizilen Erklärungen der Gasindustrie nicht. Er hat sich inzwischen selbst ein Bild gemacht. Der 42-Jährige leitet ein Familienunternehmen in vierter Generation. Die Auburg-Quelle ist bekannt für ihr natrium-

armes Mineralwasser. Nur zehn Kilometer entfernt will ExxonMobil in Wagenfeld-Ströhen nach Schiefergas suchen. Lütvoigt ist sich sicher, wenn bei einer Bohrung etwas schief gehen sollte, dann ist seine Quelle, seine wichtigste Ressource in Gefahr. Die kleinste Verunreinigung kostet ihn seine amtliche Anerkennung als Mineralwasserproduzent – und seine Existenz. 120 Beschäftigte stehen dann auf der Straße.

Dass er überhaupt von dem Schiefergas-Vorhaben erfahren hat, verdankt Lütvoigt einem Tipp des Bürgermeisters. ExxonMobil hat dort in einem Schreiben einen Antrag auf eine Probebohrung angekündigt. Kurz darauf bekam er Besuch von einem Konzernvertreter. „Das war ein total nettes Gespräch“, erinnert er sich. „Nur hatte ich zu dem Zeitpunkt noch nie etwas von Fracking gehört. Mein Fehler“, sagt er heute. Den Fehler hat er korrigiert.

In seinem Büro, das in einem malerischen Fachwerkhaus untergebracht ist, stapeln sich die Aktenordner mit Unterlagen und Gutachten zu Schiefergas und Fracking. Lütvoigt hat sich eingearbeitet. „Die Konzerne werfen uns vor, wir würden mit Halbwissen arbeiten. Einige hier sind inzwischen richtige Experten auf dem Gebiet“, sagt er und zieht eine Studie von ExxonMobil aus dem Regal. „Fracking von Schiefergas hat experimentellen Charakter, das gibt der Konzern hier selbst zu.“

Lütvoigt hat große Bedenken. „Wie sollen wir Anwohner die Risiken einschätzen? Wir können ja nicht in den Boden schauen.“ Gefahren beurteilen, das ist vor allem Aufgabe der Landesbergbehörden und der Bundesanstalt von Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover. Doch die BGR ist dem Wirtschaftsministerium von Philipp Rösler unterstellt, der will Schiefergasförderung und Fracking in Deutschland unbedingt durchsetzen. Umstritten ist auch, wie unabhängig eine Behörde in ihrem Urteil ist, wenn dort die Industrie mitreden darf.

„Wie sollen wir Anwohner die Risiken einschätzen? Wir können ja nicht in den Boden schauen“

Was kaum bekannt ist: Im BGR-Kuratorium sitzen neben Wissenschaftlern auch die Vorstände von ExxonMobil, Wintershall, RWE und anderer Konzerne. Aufgabe des Gremiums sei es, die Leitung der BGR und das Wirtschaftsministerium in wichtigen Fragen zu beraten, etwa in Sachen Rohstoffsicherheit und Umweltschutz, heißt es auf der Homepage. „Eine unabhängige Behörde stelle ich mir anders vor“, sagt dazu Lütvoigt.

Heuschrecken-Bohren nennt er das, was ExxonMobil und andere nach seiner Ansicht in der Gegend vorhaben. Schnell rein und wieder raus, wie es die Finanzspekulanten machen. „So operiert die Gasindustrie in den Vereinigten Staaten. Die zurückbleibenden Schäden darf dann die Bevölkerung ausbaden.“ Da will er nicht mitmachen. Lütvoigt ist Mitgründer der Bürgerinitiative „No Moor Fracking“. Mit Gleichgesinnten ist er übers Land gefahren, hat mehr als 1300 Unterschriften gesammelt und eine Petition beim niedersächsischen Landtag eingereicht. „Unsere Proteste sind vielleicht der Grund, dass der Konzern diesen Antrag bis heute nicht offiziell gestellt hat“, glaubt er. Auch der Gemeinderat und der Landkreis haben sich inzwischen gegen das Schiefergas-Vorhaben ausgesprochen.

In Vierlanden, im Revier des Gärtners Gladiator, sind sie von einem ersten Erfolg noch weit entfernt. Kurz vor Ostern versammeln sich die Mitglieder der neugegründeten Bürgerinitiative Frackingfreies Hamburg im Festsaal des Krauler Kroogs, im Sommer ein beliebtes Ausflugslokal nahe der Elbe. Gepflegte Atmosphäre, adrett gedeckte Tische. Es ist das zweite Treffen seit der Gründung Ende Februar. Knapp 40 Interessierte sind gekommen. Ein paar mehr als beim letzten Treffen, darunter Lehrer, Ingenieure, Rentner, Therapeuten, Sozialarbeiter sowie Vertreter der Grünen und der Linken, von Natur- und Umweltschutzverbänden. Noch sind sie dabei sich zu organisieren, basisdemokratische Abstimmungsprozesse. Wie muss eine Homepage aussehen, wie vernetzen sich die Mitglieder untereinander. Vor allem aber geht es um die Frage, wie lassen sich die Medien für die eigene Sache gewinnen?

Mitten drin Carin Schomann, freie Journalistin und Mitgründerin der Bürgerinitiative. Sie war es, die den Stein ins Rollen gebracht hat. „Reiner Zufall“, sagt sie. Bei einer Recherche ist sie auf einen Hinweis gestoßen, dass von ExxonMobil ein Antrag für eine „Aufsichtung von Kohlenwasserstoffen“ im Süden Hamburgs vorliegen muss. Auf den ersten Blick nichts Ungewöhnliches. Seit gut hundert Jahren wird dort Öl gefördert; die Gasvorkommen gelten jedoch als ausgeschöpft. Da lag für Schomann der Verdacht nahe, dass es hier nur um ein Schiefergas-Vorkommen gehen kann. Doch genau in diesem Punkt halten sich die Behörden und das Unternehmen bedeckt. Erst auf mehrfaches Drängen hat Schomann eine Kopie des Antrags erhalten, der einen Eingangstempel vom 21. November 2011 trägt. Sie hat ihn im Internet veröffentlicht. Fast die Hälfte des mehrseitigen Schreibens an das zuständige Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Clausthal-Zellerfeld (LBEG) ist darauf geschwärzt.

Das sorgt nicht gerade für Vertrauen. „Weder ExxonMobil noch die Bergbehörden haben uns bis heute mitgeteilt, was genau in unserer Region geplant ist“, sagt Schomann. Ihren ersten Auftritt plant die Bürgerinitiative am 12. April in Bergedorf. Dann trifft sich der Regionalausschuss der Vier- und Marschlande zu einer öffentlichen Sitzung. Erstmals soll zur Sprache kommen, was ExxonMobil eigentlich vorhat. Eine Protestaktion vor Ort ist für die Bürgerinitiative ein erster Schritt.